

127,3 Mrd. Euro öffentliches Finanzierungsdefizit in 2022

Das Statistische Bundesamt informierte am 05.04.2023 darüber, dass die Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 6,4 % auf 1.875,4 Mrd. Euro gestiegen sind. Gleichzeitig stiegen die Einnahmen etwas stärker als die Ausgaben um 7,3 % auf 1.748,3 Mrd. Euro. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, errechnet sich daraus in Abgrenzung der Finanzstatistiken ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit von 127,3 Mrd. Euro. Das waren rund 6 Mrd. Euro weniger als im Jahr 2021 und rund 62 Mrd. Euro weniger als im Jahr 2020. Einen Finanzierungsüberschuss gab es zuletzt im Vorkrisenjahr 2019 mit 45,2 Mrd. Euro.

Finanzierungssalden öffentlicher Gesamthaushalt in Mrd. Euro

	2021	2022
Insgesamt	-133,2	-127,3
Bund	-135,8	-145,1
Länder	13,5	10,5
Gemeinden	4,6	2,6
Sozialversicherung	-5,5	4,7

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Das Finanzierungsdefizit des Öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2022 geht vollständig auf den Bund zurück: Dessen Defizit ist gegenüber den beiden Vorjahren nochmals gestiegen. Hier schlagen sich unter anderem Ausgaben zur Bewältigung der Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine nieder. Derweil verzeichneten alle anderen Ebenen des Öffentlichen Gesamthaushalts – Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Sozialversicherung – Überschüsse, nicht zuletzt wegen Zuweisungen des Bundes. Die Angaben beziehen sich auf vorläufige Ergebnisse der Kern- und Extrahaushalte der vierteljährlichen Kassenstatistiken. Sie sind nicht zu verwechseln mit dem Finanzierungssaldo des Staates in Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, an dem sich die Einhaltung des Referenzwertes des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (Maastricht-Defizitquote) bemisst.

Ausgaben zur Sicherstellung der Gasversorgung und höhere Zinsausgaben beim Bund

Die Spuren der Corona-Pandemie sind laut Statistischem Bundesamt in den Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts 2022 schwächer geworden. Markanter waren die Ausgaben im Zusammenhang mit der Energiekrise: Der Bund erwarb Beteiligungen in der außergewöhnlichen Höhe von 23,6 Mrd. Euro und gewährte Darlehen an andere Bereiche in Höhe von 34,2 Mrd. Euro – Ausgaben, die größtenteils mit der Sicherstellung der Gasversorgung zusammenhängen. Mehr als verdoppelt auf 17,4 Mrd. Euro haben sich die vom Bund an andere Bereiche gezahlten Zinsausgaben. Die Zinslast der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände verminderte sich dagegen.

Bundeszusweisungen und Zuschüsse geringer, aber weiter ein wichtiges Instrument

Die vom Bund geleisteten laufenden Zuweisungen und Zuschüsse gingen im Jahr 2022 von ihrem historisch hohen Niveau der Vorjahre auf 393,4 Mrd. Euro zurück (-17,6 % gegenüber 2021). Allein die Zuweisungen an die Länder verminderten sich um 27,9 Mrd. Euro, da weniger Corona-Unternehmenshilfen anfielen, die bisher über die Länder ausgezahlt wurden.

Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts übersteigen das Vorkrisenniveau

Die Steuereinnahmen stiegen nach dem Plus des Jahres 2021 noch einmal deutlich an: Für den Öffentlichen Gesamthaushalt um 7,1 %, für den Bund um 8,7 % und für die Länder um 9,9 %. Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Jahr 2022 gegenüber 2021 um 7,1 % oder 8,1 Mrd. Euro und beliefen sich auf 121,5 Mrd. Euro. Insgesamt beliefen sich die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben im Jahr 2022 auf 1.525,3 Mrd. Euro (2021: 1.423,6 Mrd. Euro). Dies ergibt sich trotz der Einnahmen mindernden Entlastungsmaßnahmen, etwa der Energiepreispause, die im Falle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Lohnsteueraufkommen abgesetzt wurde und der von Juni bis August 2022 abgesenkten Energiesteuer auf Kraftstoffe („Tankrabbat“). Getragen wurde der Anstieg, wie schon 2021, von den Gemeinschaftsteuern (Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer).

Rekord-Finanzierungsdefizit des Bundes, rückläufiger Überschuss bei den Gemeinden

Die Ausgaben des Bundes – einschließlich seiner Extrahaushalte – stiegen im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 8,6 % auf 608,9 Mrd. Euro und die Einnahmen um 9,2 % auf 463,8 Mrd. Euro. Daraus ergibt sich ein Rekord-Finanzierungsdefizit von 145,1 Mrd. Euro, der bisherige Höchststand von 135,8 Mrd. Euro aus dem Jahr 2021 wurde nochmals übertroffen.

Die Ausgaben der Länder und ihrer Extrahaushalte stiegen um 3,0 % auf 522,3 Mrd. Euro, die Einnahmen um 4,3 % auf 532,9 Mrd. Euro. Daraus ergibt sich ein Finanzierungsüberschuss von 10,5 Mrd. Euro (2021: 3,5 Mrd. Euro).

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände (Kern- und Extrahaushalte) stiegen deutlich, um 7,4 % auf 325,8 Mrd. Euro. Trotz ebenfalls deutlich gestiegener Einnahmen (+6,6 % auf 328,4 Mrd. Euro) schmolz der Finanzierungsüberschuss auf 2,6 Mrd. Euro (2021: 4,6 Mrd. Euro).

Bei der Sozialversicherung stiegen die Einnahmen um 4,5 % auf 809,0 Mrd. Euro und damit etwas stärker als die Ausgaben, die um 3,2 % auf 804,4 Mrd. Euro anwuchsen. Nach zwei defizitären Jahren ergab sich erstmals wieder ein Überschuss, er betrug 4,7 Mrd. Euro (2021: -5,5 Mrd. Euro).

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung der Finanzierungssalden seit 2019, differenziert nach den jeweiligen staatlichen Ebene dargestellt.

Ausgaben/Einnahmen	Insgesamt	darunter:			
		Bund	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
Bereinigte Ausgaben ²					
2022	1 875,4	608,9	522,3	325,8	804,4
2021	1 762,4	560,5	507,2	303,4	779,7
2020	1 678,6	511,7	487,2	293,2	748,6
2019	1 497,4	397,0	417,2	276,7	679,9
Bereinigte Einnahmen ²					
2022	1 748,3	463,8	532,9	328,4	809,0
2021	1 629,3	424,7	510,8	308,0	774,2
2020	1 489,4	381,8	453,8	295,2	720,7
2019	1 542,7	411,8	433,9	282,4	688,1
Finanzierungssaldo ³					
2022	-127,3	-145,1	10,5	2,6	4,7
2021	-133,2	-135,8	3,5	4,6	-5,5
2020	-189,2	-129,9	-33,5	2,0	-27,9
2019	45,2	14,8	16,6	5,6	8,1

1: 2022 vorläufige Ergebnisse. Abweichungen in den Summen durch Rundungen.

2: Ausgaben und Einnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden/Gv. sowie Sozialversicherung überschneiden sich. Beispiel: Bund leistet Ausgaben an Länder, diese leiten die Mittel an Gemeinden weiter, welche sie letztlich ausgeben – hier taucht derselbe Euro dreimal in den Ausgaben und zweimal in den Einnahmen auf. Die Spalte Insgesamt ist um solche Doppelzählungen bereinigt, daher sind die folgenden Spalten nicht zum Insgesamt-Wert addierbar.

3: Einschließlich Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. Der Finanzierungssaldo des **Öffentlichen Gesamthaushalts** – in Abgrenzung der Finanzstatistiken – ist nicht identisch mit dem Finanzierungssaldo des Staates der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Kommunale Ausgaben um 7,4 % gegenüber Vorjahr gestiegen

Die gesamten bereinigten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich ihrer Extrahaushalte stiegen im Jahr 2022 bundesweit im Vergleich zu 2021 um 7,4 % beziehungsweise 22,4 Mrd. Euro auf 325,8 Mrd. Euro. Die Personalausgaben stiegen um 7,9 % beziehungsweise 6,3 Mrd. Euro auf 86,0 Mrd. Euro. Diese Entwicklung kann unter anderem auf Neueinstellungen zurückgeführt werden. Dabei war laut Statistischen Bundesamt vor allem der vom Bund weiterhin geförderte Ausbau der Kinderbetreuung von Bedeutung.

Energiekrise und Unterbringung von Schutzsuchenden führen zu steigenden Ausgaben für den Betrieb der Verwaltung

Ein besonders hoher Anstieg von 8,2 % auf 74,4 Mrd. Euro (+5,7 Mrd. Euro) war beim laufenden Sachaufwand zu verzeichnen. Hier wiesen im Zusammenhang mit der allgemeinen Preisentwicklung – und insbesondere der Entwicklung der Energiekosten – die „weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben“ mit 9,3 % und die „Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen“ mit 13,8 % hohe Zuwächse auf. Auch „Mieten und Pachten“ stiegen mit 14,8 % stark, unter anderem für die Unterbringung von Schutzsuchenden.

Asylbewerberleistungen lassen Sozialleistungen wachsen

Unter den Sozialleistungen, für die die Kommunen bundesweit in 2022 mit 68,0 Mrd. Euro 5,0 % (+3,3 Mrd. Euro) mehr ausgegeben wurden, war der Zuwachs der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz besonders ausgeprägt. Für diese Leistungen wurden bundesweit rund 4,0 Mrd. Euro und damit 61,2 % mehr als im Vorjahr ausgegeben. Im 1. Halbjahr 2022 wurde die Entwicklung mit +68,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum durch Ausgaben für

Schutzsuchende aus der Ukraine beschleunigt. Seit 1. Juni 2022 ist diese Gruppe zur Arbeitssuche und zum Bezug von Leistungen nach SGB II und anderen Gesetzen berechtigt, was die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im 2. Halbjahr 2022 wieder etwas abschwächte.

Die kommunalen Leistungen an Arbeitsuchende nach SGB II stiegen um 1,9 % auf 12,5 Mrd. Euro. Von den 12,0 Mrd. Euro Kosten für Unterkunft und Heizung nach SGB II wurden 7,9 Mrd. Euro vom Bund ersetzt. Die Leistungen der Sozialhilfe (SGB XII) gingen um 0,7 % auf 16,6 Mrd. Euro zurück, die Eingliederungsleistungen nach SGB IX stiegen um 5,4 % auf rund 18,0 Mrd. Euro. Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) stiegen ebenfalls um 5,4 % auf 13,6 Mrd. Euro.

Anstieg der kommunalen Einnahmen von wachsenden Steuereinnahmen getrieben

Im Jahr 2022 standen den Kommunen 328,4 Mrd. Euro bereinigte Einnahmen zur Verfügung, also 6,6 % oder 20,4 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg kam durch deutlich höhere kommunale Steuereinnahmen zustande: Die gesamten kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Jahr 2022 gegenüber 2021 um 7,1 % oder 8,1 Mrd. Euro und beliefen sich auf 121,5 Mrd. Euro.

Ausschlaggebend hierfür war insbesondere der Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen (netto) um 13,9 % oder 7,0 Mrd. Euro auf 57,7 Mrd. Euro. Einen deutlichen Rückgang gab es hingegen 2022 beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um 9,2 % auf 7,5 Mrd. Euro.

Die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren waren im Jahr 2022 um 9,8 % höher als im Jahr 2021 und beliefen sich auf 36,1 Mrd. Euro. Viele der durch die Corona-Pandemie verursachten Zugangsbeschränkungen und Schließungen kommunaler Einrichtungen wurden aufgehoben, sodass der Vor-Pandemie-Wert des Jahres 2019 (33,6 Mrd. Euro) überschritten wurde.

Kommunale Finanzierungssalden der Kern- und Extrahaushalte in Mrd. Euro

	2021	2022
Baden-Württemberg	2,12	1,15
Bayern	0,23	0,63
Brandenburg	0,33	-0,09
Hessen	0,26	0,15
Mecklenburg-Vorpommern	0,04	0,15
Niedersachsen	-0,43	-0,15
Nordrhein-Westfalen	0,35	-0,25
Rheinland-Pfalz	1,08	0,95
Saarland	-0,06	-0,18
Sachsen	0,34	-0,34
Sachsen-Anhalt	-0,03	-0,02
Schleswig-Holstein	-0,12	0,26
Thüringen	0,50	0,37

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

(Quelle: Statistisches Bundesamt - Pressemitteilungen Nr. 132 vom 03.04.2023 und 135 vom 05.04.2023)